Nr. 377 • Ausgabe B Nr. 172
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr 377

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 14. August 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die Rückgabe unserer Gefangenen.

Ein offener Brief an den Präsidenten Ebert.

Wie der „Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen", Berlin SW. 68, Zimmerstraße 72/74, mitteilt, hat der „Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen" nachstehenden „Offenen Brief" an den Präsidenten Ebert gerichtet:

Herr Präsident!

Der „Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen", der kürzlich ins Leben getreten, heute über eine Million Frauen um sich vereinigt, tritt mit diesem offenen Schreiben zum erstenmal aus dem engen Kreis vorbereitender Arbeit vor Sie hin.

Wir wenden uns an Sie, Herr Präsident, weil Sie der oberste Bürger des deutschen Staates sind. Sie wußten von uns deutschen Frauen, Herr Präsident, bevor wir noch das Zeugnis der politischen Reife erhielten und Sie wußten, wie alle Männer in diesem Lande, welchen Anteil wir an dem Schicksal unseres Landes genommen und zu welchen Opfern wir stumm bereit geweisen sind. Sie wissen, Herr Präsident, wie und was wir gegeben haben. Wir gaben neben allem Gut, durch das uns das Leben schön und wertvoll war, das Bedeutungsvolle, unsere Männer und Söhne hin. Wir gaben sie freiwillig und oftmals, bevor sie gerufen wurden. Manche unter uns hat ihren Sohn nicht einmal, sondern dreimal gegeben; denn wenn er krank und zerschossen aus dem Felde heimkam, haben wir ihn immer wieder gesund gepflegt, um ihn neuen Kämpfen und dem sicheren Tode entgegenzuführen. Wir haben dies stumm und klaglos getan, wir haben alle unsere Tränen nach innen geweint, wir haben alle unsere Schreie in unsere Herzen zurückgestoßen. Wir wußten, daß alle diese Leben, die wir Deutschland gaben, zu Millionen auf den Schlachtfeldern starben, daß sie aus den Lüften zu Tode stürzten und in die Tiefe der Wasser versanken.

Was wir aber nicht hinnehmen, worüber wir nicht mehr schweigen, wollen, ist die Zurückbehaltung unserer Söhne über alle Kriegsende und Friedensschlüsse hinaus in den feindlichen Ländern.

Wir kennen, Herr Präsident, die Artikel 214 und 215 des Friedensvertrages. Wir glauben nicht, daß es eine Kraft auf dieser Erde gibt, unsere Feinde zu veranlassen, eine Stunde vor Ratifizierung ihrerseits diese 800 000 uns zurückzugeben. Und doch wenden wir uns an Sie und bitten Sie, Herr Präsident, von den Feinden zu fordern, mit den uns zugesagten Vorarbeiten für die Rückbeförderung sofort zu beginnen.

Die von Clemenceau versprochene Kommission muß eingesetzt werden!

Erheben Sie daher, Herr Präsident, Ihre Stimme, denn Sie haben bisher geschwiegen, und wir glauben deshalb, daß man Sie draußen besser hören wird. Erheben Sie Ihre Stimme, damit sie über die Grenzen unseres Landes nach Frankreich, England, Amerika, nach Italien, Rußland und in alle fernen Erdteile dringt! Erheben Sie Ihre Stimme, von der überragenden Stelle, die Ihnen das Vertrauen des deutschen Volkes eingeräumt hat! Erheben Sie Ihre Stimme und Sie werden hören, daß Ihnen mit einem Schlage von allen Seiten der Welt die Menschenfreunde Antwort geben, daß die hinausgesandte Kraft neue Kräfte wecken wird, die alle zusammen das Werk vollbringen müssen, uns unsere Söhne wiederzugeben. Bedenken Sie, daß jeder Federstrich, jedes in dieser Kommission ausgetauschte Wort unsere Herzen stärken und uns zu neuem Warten und Hoffen befähigen wird.

Und sollte Ihre Stimme, Herr Präsident, die Gefangenschaft unserer Söhne um einen Tag bloß verkürzen, so bedenken Sie, daß dies zusammen 800 000 glückliche Tage sind, die den draußen Leidenden gegeben werden, nicht zu nennen das millionenfältige Glück, das wir Frauen hierdurch empfangen.

Bonar Law über die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 14. August.

Im Unterhaus teilte Bonar Law auf eine Anfrage mit, daß die deutschen Kriegsgefangenen schnellstens nach der Ratifikation des Friedensvertrages heimgesandt würden. Entsprechend dem Friedensvertrag habe dies jedoch im Einvernehmen mit den Alliierten zu geschehen.

Weitere Aufzeichnungen des Admirals v. Tirpitz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 14. August.

Aus den Memoiren des Admirals v. Tirpitz veröffentlicht der „Nieuwe Courant" weitere Bruchstücke: Am 5. März erzählt Tirpitz von der Konferenz mit dem Kaiser, Bethmann Hollweg, Jagow und anderen, aus der der Gegensatz über den U-Boot-Krieg wieder klar hervorging. „Obgleich wir am 4. Februar mit viel Lärm eine Formel gebrauchten, die nachweislich ganz und gar gegen meine schriftlich niedergelegten Ideen geht, müssen wir nun des Kaisers wegen die Sache durchsetzen." Tirpitz spricht dann wieder von der Wiegand-Affäre und seiner Haltung in der U-Boot-Frage und sagt: „Der Kaiser sieht sie doch etwas anders an, soweit er überhaupt irgendeine Vorstellung davon hat. Eine Woche später schreibt Tirpitz, er sei für eine Blockade im Gebiet des Kanals nach Southampton und der ganzen Ostküste von Südengland. Dann hätten die Neutralen wegbleiben müssen, wenn sie nicht torpediert werden wollten." 13. März: „Mit den Oesterreichern ist nichts anzufangen.

Unsere diplomatische Vorbereitung für den Weltkrieg

war unerhört schlecht, eine große Anzahl von Gesandten war unbrauchbar, und dasselbe gilt von vielen Ministern. Wahrscheinlich hat vor dem Krieg nicht einmal eine Konferenz zwischen den Regierungs- und den Militärbehörden stattgefunden. Ueberall blindes Vertrauen, daß England neutral bleibe. Bei dem Obersten Kommando hatte man keine Idee von dem Gewicht, das England beim Krieg in die Wagschale werfen konnte, anstatt dessen absolutes Vertrauen in die Siegesrezepte des toten Schlieffen." (Tirpitz spielt hier auf Schlieffens Lehre an, daß man erst Frankreich über Belgien zerschmettern und sich dann gegen Rußland kehren solle.) „Unsere Gegner sind die Hydra. Denkt man darüber nach, kann einem die Zukunft wohl düster scheinen. Wir fechten gegen die ganze Welt, und Amerika ist dabei. Und ich sitze hier nur so herum und kann nichts tun. Man hat unsere Flotte vollständig falsch gebraucht. Aber Müller, der Kaiser und Pohl halten selbst jetzt noch immer an ihrer Politik fest. Seit meinem letzten Vortrag beim Kaiser haben wir uns ganz und gar entfremdet, ich habe niemals wieder ein Gespräch mit ihm gehabt, in dem ich etwas durchgesetzt habe. Es ist hoffnungslos. Heute behauptet Müller, daß Stumm (Direktor der Abteilung England im Auswärtigen Amt) wenige Tage vor dem Kriege erklärt habe, England würde nicht mittun, und alles sei nur Bluff."

22. März: Gestern abend war es wieder recht unerquicklich, die Unterhaltung lief sich tot,

der Kaiser sah überall Riesensiege,

ich glaube, mehr um seiner eigenen Unruhe Herr zu werden." 21. März: „Deinen Brief empfangen, ja, ich hätte die Sache wahrscheinlich besser gemacht, wenn sie mich hätten gehen lassen. Von verschiedenen Seiten hat man auf Müller gedrückt, daß ich für die Kriegsdauer Chef der Admiralität würde, und daß man es mir überlassen müßte, wann und wie ich loslegen soll. Dauernd wird darauf geantwortet: „Kommt überhaupt nicht in Frage." Der Kaiser würde das niemals tun wollen, er will selbst den Seekrieg leiten, und das kann er natürlich nicht gleichzeitig mit mir. Admiral Bachmann wies darauf hin, daß die englische Flotte in den Dardanellen durch die U-Boote viele leichte Kreuzer verloren habe. Wenn man etwas tun wolle, dann jetzt. Pohl war über einen solchen Vorschlag außer sich. Er denke nicht daran, etwas zu tun, im Gegenteil, er wolle sich noch mehr mit Minen einkapseln. Es ist zum Verzweifeln. Da liegt nun eine Flotte von 40 Panzerschiffen, die Hälfte Ueberdreadnoughts, mehr als 200 Torpedoboote, und rostet im Hafen. Und währenddessen ficht Deutschland um sein Leben. Wenn das nur der einzige Fehler der Kabinettswirtschaft wäre, aber ich habe zwei Jahrzehnte

inmitten dieser Zielsicherheit und dieser Fanfaren

gelebt und habe gesehen, wie jedes Ressort für sich selbst arbeitet, und jeder kommt „zu ihm" (dem Kaiser), der schließlich glaubt, er kann alles tun. Byzanz!"

Tirpitz berichtet den Ausspruch Moltkes nach der Nachricht Englands Kriegserklärung: „Je mehr Eskadronen England hat, desto besser!" Nicht allein politisch, sondern auch militärisch sind wir in diesen Krieg hineingetapst. Schon immer gab es keine Idee, wie ein Weltkrieg geleitet werden müsse und keine Einheit der Leitung, kurzum, genau wie es jetzt im Krieg selbst ist." Tirpitz erzählt, was der Militärattaché in Konstantinopel, Herr von Frankenberg, aus der Türkei kommend, berichtet: „Mit dem türkischen Volk scheint man nicht viel machen zu können. Wir haben uns merkwürdige Bundesgenossen ausgesucht. Hätten wir nur keine Militärmission geschickt und nicht mit England auf dem Balkan antirussische Politik gemacht. Wir hätten Rußland sagen müssen: von uns aus kannst du nach Konstantinopel gehen, und dann hätte der Bär dort sich am Walfisch gestoßen und alle Ziegenhirte „auf dem Balkan wären uns in die Arme gelaufen." Dann erfolgten die schon berichteten verzweifelten Momente des Herrn v. Falkenhayn, der „nichts mehr tun kann", und neue Vorstöße des Admirals Bachmann beim Kaiser über das Einsetzen der Flotte. Am 1. April ist Tirpitz dafür,

daß Hindenburg an Bethmanns Stelle komme.

Am 12. April folgt eine Bemerkung des Kronprinzen, den er in Stenay trifft. „Der Kronprinz sagte mir, er freue sich, mich in Stenay zu sehen. An einem anderen Orte würde das schwierig sein, weil wir beide verdächtig seien." Am 17. April nennt Tirpitz die Zeppelinangriffe auf London „Kindereien". „Pohl erklärt: „„Wir werden London vernichten. Das kann das Heer nicht. Der U-Boot-Krieg wird England in ein paar Wochen auf die Knie bringen."" Uff! Und solch ein harmloses Mädchen ist von Müller zum Admiralstabschef genommen worden, und jetzt ist er Flottenchef!" Am 13. Juni: „80 Prozent der Flotte wünscht, daß ich das Kommando kriege." Am 28. Juni sagt der Admiral v. Müller zu Tirpitz:

„Der Kaiser braucht keinen Kommandochef, das kann er selbst tun."

Tirpitz bezweifelt, daß Müller eine darüber zwischen ihm und dem Kaiser geführte Unterhaltung ihm so richtig mitgeteilt habe. 8. August: „Der Tanz mit Bethmann geht wieder los. Die Wut besorgte mir eine schlaflose Nacht. Heute früh mit Bethmann in Pleß. Langes Schreiben von Helfferich. Vielleicht in Bethmanns Auftrag, in dem er nicht nur die vollständige Aufhebung des U-Boot-Krieges verlangt, sondern sogar eine Note in diesem Sinn an Wilson abfaßt."

Herr v. Wiegand nennt die Briefe, aus denen diese kurzen Auszüge gemacht sind, den „wichtigsten Teil des interessantesten Buches", das bisher in Deutschland über den Krieg erschienen ist. Die erste Mitteilung über diese, wie es scheint, jetzt in Arbeit befindlichen ursprünglichen Mitteilungen des Admirals v. Tirpitz ist in Deutschland im Montag-Abendblatt des „Berliner Tageblatts" erschienen und zwar nach einer englischen, für den „Daily Telegraph" bestimmten Verarbeitung der Wiegandschen Depesche an die „New York Sun". Nach dem jetzt vorliegenden Wortlaut hat der Korrespondent des „Daily Telegraph" das Tirpitzsche Material noch vergröbert und verschärft.

Die neue Arbeiterbewegung in Amerika.

Die Nationalisierung der Eisenbahnen. — Das Projekt Plumb. — Die öffentliche Meinung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 11. August.

Nach zuverlässigen Nachrichten hat Präsident Wilson sich sehr deutlich dahin ausgesprochen, daß die Nationalisierung oder, wie man in Deutschland sagt, die Sozialisierung der amerikanischen Eisenbahnen einer der Hauptpunkte sein werde, um die sich die Präsidentschaftswahl von 1920 drehen wird. Das Schlagwort, unter dem Präsident Wilson die so plötzlich in den Vordergrund getretenen Arbeiterfragen behandeln will, ist ihre „Demokratisierung". Daraus kann man entnehmen, daß die demokratische Partei Amerikas, ebenso wie es früher die englischen Liberalen getan haben, ihre ganze Kraft daran setzen wird, die Arbeiter innerhalb des demokratischen Parteiprogramms zufriedenzustellen und die jetzt noch nicht bestehende, aber nach allen Zeichen, die vorliegen, im Anmarsch befindliche Arbeiterpartei sozusagen aufzusaugen, bevor sie sich wirklich selbständig gemacht hat.

Zum Ausspruch Wilsons paßt sehr gut die Ankündigung, die aus sehr einflußreichen amerikanischen Gewerkschaftskreisen erfolgt ist, daß nämlich bei den Präsidentschaftswahlen überall, wo die Kandidaten nicht für die Nationalisierung der Eisenbahnen eintreten, Gegenkandidaten aufgestellt werden sollen. Und es werden sogar schon die Maßnahmen mitgeteilt, durch die eine außerordentlich große Summe für die Wahladministration aus den Gewerkschaften zusammengebracht werden soll. Dabei ist die Nationalisierung der Eisenbahnen sozusagen nur der Versuchsballon, den die Arbeiterführer haben steigen lassen. Gleiche Absichten bestehen ohne Zweifel für die Kohlenbergwerke. Diese und die ungeheuren Stahlwerke in Pittsburg zum Beispiel sind nach Meinung der Sozialreformer in Amerika überreif für die Uebernahme durch das Land. Darauf bezieht sich die höchst bedeutungsvolle Stelle in dem drohenden Manifest der sonst so konservativen Brüderschaften der Eisenbahner, das letzter Dienstag erschien: „Unsere Forderungen bedeuten den Schritt der organisierten Arbeit von Lohnforderungen zur Forderung, daß das System der Gewinne in der Industrie einer Revision unterworfen werde." Wenn die Demokraten versuchen, den so kräftig erwachten politischen Willen der amerikanischen Arbeiterklasse für ihre Partei einzufangen, so ist das noch viel deutlicher die Absicht und, nebenbei bemerkt, wohl auch die einzige Hoffnung der neu sich bildenden Hearstpartei, die antienglisch und überhaupt antiimperialistisch sein will.

Die Eisenbahner sind also nur vorgeschickt, wie in England die Nationalisierung der Kohlenbergwerke als geeignetes Sprungbrett für die allgemeineren Forderungen der Arbeiterklasse angesehen wird. Es ist gar kein Zweifel, daß wirklich eine tiefgehende Unruhe in der amerikanischen Arbeiterklasse herrscht, die für die Führer selbst sehr überraschend gekommen ist. Vor etwa vier Wochen wurden zuerst die Pläne für die Verstaatlichung der Eisenbahnen veröffentlicht. Damals hat noch niemand gedacht, daß sie anders als sehr langsam, wenn überhaupt durchgeführt werden könnten. Ihre Erhebung zu einer drängenden unmittelbaren Forderung ist das Werk der allerletzten Zeit. Wir wissen nicht, welchen Einfluß darauf die Besuche hervorragender Gewerkschaftsführer und Arbeiterpolitiker aus England und Amerika gehabt haben, die sich während der Waffenstillstandsmonate häuften. Es wäre sehr sonderbar, wenn Henderson, der in England so energisch für eine selbständige politische Arbeiterpartei kämpft, den Gedanken, daß eine solche Partei neben den Berufsorganisationen einhergehen müsse, nicht auch in Amerika ausgesprochen hätte. Daß es aber jetzt schon zu einem so kräftigen Stoß der amerikanischen Arbeiterschaft gekommen ist, beweist die Schwere der Krise. Das Nachgeben der Führer in dieser letzten Woche ist ohne Zweifel aus der Notwendigkeit entsprungen, die durch die Lebensmittelteuerung in Amerika wütend gewordenen Massen zu beruhigen. Es steht fest, daß die bisherigen Führer der Arbeiterbewegung, besonders der direkt antisozialistische Präsident der American Federation of Labour, Gompers, diese bisher von ihnen unter dem großen Sammelnamen Bolschewismus begriffene, gegen das Kapital gerichtete politische Bewegung mit tiefer Bekümmernis und sehr überrascht verfolgen.

Der Plan der Arbeiterführer, die Nationalisierung der Eisenbahn, ist sicher sehr lehrreich für den Charakter der ganzen Bewegung. Er ist im Auftrag der Gewerkschaften von ihrem Chicagoer Rechtsvertreter Plumb entworfen und dem Kongreß vorgelegt worden. Auf der einen Seite trägt er die charakteristischen Züge großer Unternehmerkonzerne von komplizierter Zusammensetzung, wie sie vielfach im Kriege unter Teilnahme der Regierung geschaffen worden sind. Auf der anderen Seite sichert er aber den Eisenbahnarbeitern eine sehr erhebliche Macht und einen so kräftigen Anteil am Gewinn zu, daß man sagen muß, es handelt sich hier weniger um eine Nationalisierung als um eine Ausführung der Bergewerkschaftung der Eisenbahnen.

Der Plan ist der folgende: Die Eisenbahnen sollen der Regierung der Vereinigten Staaten gehören und letztlich vom Kongreß beaufsichtigt werden. Jedoch ist ihr Betrieb einer „National Railways Operating Corporation" überlassen, also einer nationalen Eisenbahnbetriebskörperschaft, in die die von der Gesellschaft angestellten Lohnarbeiter ein Drittel der Direktoren wählen, eine zweites Drittel wählen die Eisenbahnbeamten, das letzte Drittel bestimmt die Regierung. Die